

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/63

30. März 1972

Was den Sozialdemokraten das Recht gibt

Zur innenpolitischen Vertragskampagne der
CDU/CSU

Von Bruno Friedrich
Vorsitzender des SPD-Bezirktes Franken

Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

CDU/CSU - von Brüssel aus gesehen

Die Anti-Vertragspolitik stößt auf wachsendes
Mißtrauen

Seite 3 / 44 Zeilen

CDU-Aktion lief ins Leere

Am Beispiel Calw - Keine Aktionsgemeinschaft
mit der DKP

Seite 4 / 39 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressnhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 626 646 / 626 647
626 646 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Was den Sozialdemokraten das Recht gibt

Zur innenpolitischen Vertragskampagne der CDU/CSU

Von Bruno Friedrich

Vorsitzender des SPD-Bezirktes Franken

Wer denn der Sozialdemokratie das Recht gebe, mit einer so knappen Mehrheit solche Verträge zu schließen, oder: Die innenpolitischen ideologischen Konsequenzen der Ostpolitik würden diesen Staat gefährden; - so Barzel, Schröder, Weizsäcker, die Wortführer der Opposition.

Nach der ersten Lesung der Ostverträge hat sich die Argumentation der CDU/CSU von der Außenpolitik in die Innenpolitik verschoben. Mit gutem Grund; denn das von Barzel und seiner Partei schrill vorgetragene "so nicht!", hätte nur seinen politischen Sinn, wenn die CDU/CSU die Frage beantworten könnte: "wie denn dann?". Niemand in der Welt, niemand, geht bei den Ostverträgen mit der CDU/CSU. Deshalb ist die Flucht der Opposition in die Innenpolitik die logische Konsequenz ihrer Vereinsamung, lebt doch die CDU/CSU bereits in der außenpolitischen Quarantäne, in einer Isolierbaracke der Weltpolitik.

Der für die Politik der CDU/CSU zu zahlende Preis ist bekannt: Isolierung im Westen, Kalter Krieg mit dem Osten, keine Verbesserung für die Deutschen in der DDR, Schädigung unserer Wirtschaftsinteressen und auch keine völkerrechtlich verankerte Sicherung Berlins.

Wieder einmal wollen die deutschen Konservativen den Weg der Vernunft, der Klugheit, den ein Staat, vor allem in der Außenpolitik wählen sollte, verlassen. Es ist die Fortsetzung konservativer Fehlentscheidungen in der Außenpolitik in der

deutschen Geschichte der letzten 100 Jahre.

Die Ratifizierung der Verträge wird durch die Haltung der CDU/CSU zur Grundsatzentscheidung zwischen den großen politischen Strömungen in Deutschland. Für die SPD geht es um das in dieser Partei immer gültige Prinzip einer völkerversöhnenden Außenpolitik. Die SPD hat sich dafür entschieden, 1871, als August Bebel und Wilhelm Liebknecht im Reichstag gegen die Annexion Elsaß-Lothringens stimmten, mit der Begründung, dies sei der nächste Krieg mit Frankreich. Oder 1925, im Jahr, in dem die Konservativen Hindenburg wählten, förderten die Sozialdemokraten die Vereinigten Staaten von Europa. Die europäische Chance wurde vertan, eingetauscht gegen die nationale Katastrophe, mitzuverantworten von den deutschen Konservativen, die im März 1933 für den von Hindenburg ernannten Hitler und sein Ermächtigungsgesetz stimmten.

Jetzt wollen die deutschen Konservativen mit der CDU/CSU erneut das Rad der Geschichte anhalten. Wieder einmal sollen die Deutschen gegen die ganze Welt stehen. So einfach und so rasch geht das, und Barzel, dessen einziger Zulauf aus der NPD Baden-Württembergs gekommen ist, Barzel fragt, wer denn der SPD das Recht zu dieser Politik gebe. Wenn Schröder, der 1969 bereit war, sich mit den Stimmen der NPD zum ersten Repräsentanten unseres Staates wählen zu lassen, fragt nach der Legitimation der sozial-liberalen Regierung. Wie unerreichbar hoch steht diese immergrüne "Staatspartei" CDU/CSU über dem, was sie für das Volk hält.

Wenn Vernunft und Klugheit in diesen schwierigen Wochen der deutschen Politik die CDU/CSU nicht zu erreichen vermögen, so ist der CDU/CSU doch zu wünschen, daß jenes "C", das diese Partei im Namen trägt, ein Wort, das denen, die daran glauben, 53 Wochen im Jahr den Frieden auf Erden predigt, daß wenigstens dieses "C" der CDU/CSU im politischen Denken und Handeln nicht völlig abhanden kommt; denn es geht um Friedenspolitik für die Menschen unseres Kontinents.

(-/ex/30.3.1972/ks)

+ + +

CDU/CSU - von Brüssel aus gesehen

Die Anti-Vertragspolitik stößt auf wachsendes Mißtrauen

Die Erklärungen der CDU/CSU, die Bundesregierung suche zur Stützung ihrer Ostpolitik die Hilfe des Auslandes, lassen den Zaungast deutscher Politik jenseits der Grenzen vermuten, daß man in der Tat die Anti-Vertragspropaganda und damit die Anti-Brandt-Kampagne auf kleinbürgerlichen Chauvinismus abgestellt hat. Und eben das sieht das befreundete Ausland des Westens sehr deutlich.

Es mag manchem Deutschen nicht passen, aber es ist nichts daran zu ändern: Jede Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, die in unseren Nachbarländern immer noch sehr wach ist, läßt im Zusammenhang mit der Diskussion über die Ratifizierung der Verträge das Mißtrauen gegenüber neuen faschistoiden Tendenzen wieder lebendig werden. Die jüngsten Debatten um die Freilassung der drei noch einsitzenden deutschen Kriegsverbrecher im Gefängnis zu Breda haben das wieder bewiesen. Man sollte, so argumentierten viele Niederländer, die "Drei von Breda" eigentlich begnadigen, müßte man nicht damit rechnen, daß sie von rechtsradikalen Kreisen als Helden empfangen würden. Objektiv gesehen ist das natürlich Unsinn, aber was hier anklingt, ist die Angst vor einer neuen Rechtsschwankung westdeutscher Politiker. Wer in den Wandelgängen des EWG-Ministerrates während der letzten Agrarministersitzung die Möglichkeit hatte, mit christlich-demokratischen Ministern über die innenpolitische Situation der Bundesrepublik zu sprechen, der konnte hören, daß die Wahlhilfe der NPD in Baden-Württemberg für die CDU/CSU psychologische Folgen haben wird, die heute noch nicht abzuschätzen sind. Selbst die Vorhaltung, daß die große westdeutsche Oppositionspartei nicht um diese NPD-Hilfe gefragt habe, macht keinen Eindruck. Man sieht die Verwandtschaft des politischen Willens, man sieht die neue "Harzburger Front".

Ein führender niederländischer Politiker brachte bereits 1969, vor dem Staatsbesuch von Bundespräsident Heinemann in unserem Nachbarland, diese jetzt so tragisch aktuell gewordenen Gedanken auf einen Nenner: "Solange Heinemann Bundespräsident und Willy Brandt Bundeskanzler ist, solange haben wir Vertrauen in ein demokratisches Deutschland". In diesem Satz liegt sicher viel Symbolik, aber auch soviel Deutlichkeit, die den politisch mündigen Wähler in der Bundesrepublik überzeugen sollte, daß dieses Land nicht in der politischen Einsamkeit einer endlosen Wüste liegt, sondern unter der kritischen Lupe mißtrauischer Nachbarn. Die diplomatisch-höfliche "Nichteinmischung" ihrer politischen Führung ändert nichts daran, daß die Bürger dieser Länder sehr skeptisch nach Bonn und Stuttgart blicken. Wer glaubt, daß diese Zeiten oberflächliche Panikmache seien, der komme hierher und sehe selbst. Er wird ernüchtert heimkommen.

Hendrik van de Kerken, Brüssel.
(-/ex/30.3.1972/ks)

CDU-Aktion lief ins Leere

Am Beispiel Calw - Keine Aktionsgemeinschaft mit der DKP

Die CDU in Baden-Württemberg ist unversehens in die Klemme geraten: Haben doch die NPD-Führer im Zusammenhang mit dem Wahlverzicht der National-Rechtsaußen zur Landtagswahl in Baden-Württemberg klipp und klar gesagt, die CDU habe jetzt genau die Argumente der NPD übernommen. Dazu kam die Meldung, daß es schon vor längerer Zeit in Heidelberg zwischen Gesprächspartnern von CDU und NPD zu Kontakten gekommen sei, die mit den NPD-Wahlverzicht ermöglichten. Und dann gar die groß aufgemachte Mitteilung eines NPD-Kreisvorsitzenden, wonach die CDU in dieser Richtung einiges an Mitteln aufgewandt habe.

Solche Nachbarschaft, ja solche Gemeinsamkeit haben die Wähler in Baden-Württemberg nicht gern. Offenbar muß dies nun auch die CDU verspürt haben. So versucht sie es mit Ablenkungsmanövern. Und sie glaubte den Rettungsanker gefunden zu haben, indem sie aus der Einreichungsliste für den DKP-Wahlvorschlag des Schwarzwaldkreises Calw Namen ausgrub und dabei auch die Unterschrift von drei SPD-Mitgliedern entdeckte. Flugs bastelte CDU-Landeswahlkampfleiter Mehler wieder an der Unterwanderungstheorie, sprach von "Aktionsbündnis".

Dafür freilich bot und bietet sich keinerlei Basis. Denn jene Unterschreiber von Calw (inzwischen stellte sich heraus, daß auch ein CDU-Kandidat der letztjährigen Kommunalwahl mit von der Partie war) wollten laut eigener Verlautbarung das genaue Gegenteil einer DKP-Unterstützung. Man wollte, so hieß es, die schmale Basis der Kommunisten aufzeigen, die DKP-Leute nicht zu Märtyrern werden lassen und vor allem vermeiden, daß es irgendjemandem gelingen könne, die SPD in die linke Ecke zu manövrieren.

Nun, solches Unterfangen der gutgläubigen Wahlvorschlags-Unterzeichner ist von führenden Repräsentanten der baden-württembergischen SPD prompt als schiere Dummheit charakterisiert worden. Und sehr prompt erfolgten vor allem konkrete Gegenmaßnahmen der zuständigen Parteigremien. Noch am Montag dieser Woche, unmittelbar nach Bekanntwerden des Vorgangs, hat sich der Kreisvorstand der SPD in Calw in einer öffentlichen Erklärung distanziert, ein SPD-Mitglied von seiner Wahlkampf Funktion enthoben und weitere parteiinterne Klärung angekündigt. Tags darauf erfolgte eine eben so deutliche Distanzierung durch den Geschäftsführenden Landesvorstand, der seinerseits unverzüglich ein Parteiordnungsverfahren in Gang setzte. (E.R./ex/30.3.1972/ks)